



Netzwerk für den Dialog zwischen  
Wissenschaft und Politik

**future**  
wissenschaft & politik

## Bericht der Herbstsession 2017

### Das Thema Bundesfinanzen ist in aller Munde

Wie kann der Bund in Zukunft sparen und welche Prioritäten sollen dabei gesetzt werden? Mit diesen Fragen beschäftigte sich der Ständerat in der Herbstsession 2017. Verschiedene Vorstösse standen zur Debatte: Die kleine Kammer beantragt, dass der Bundesrat Vorschläge machen soll, wie in Zukunft bei stark gebundenen Ausgaben vermehrt gespart werden kann. Hingegen lehnte der Ständerat ab, dass Finanzmittel künftig vor allem in denjenigen Bereichen gekürzt werden sollen, in denen in der Vergangenheit ein starkes Wachstum der Ausgaben verzeichnet wurde. Die Bundesfinanzen werden auch in der Wintersession 2017 ein zentrales Thema bleiben, denn im Dezember werden die eidgenössischen Räte mit dem Bundesbudget 2018 umfassende Sparmassnahmen des Bundesrates diskutieren, welche auch Bildung und Forschung betreffen.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Petra Studer, [petra.studer@netzwerk-future.ch](mailto:petra.studer@netzwerk-future.ch)

---

## ENTSCHEIDE DES PARLAMENTS

# Erasmus+: Ständerat fordert Verhandlungen über Beteiligung ab 2021

Die Schweiz soll sich in den Jahren 2018-2020 indirekt am europäischen Bildungsprogramm Erasmus+ beteiligen. Dies entschied der Ständerat, indem er sich mit 38 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen für die Botschaft zur Förderung der internationalen Mobilität in der Bildung in den Jahren 2018-2020 (**17.031**) aussprach. Für die Fortsetzung der Ende 2017 auslaufenden Übergangslösung genehmigte die kleine Kammer 114,5 Millionen Franken. Diese finanziellen Mittel werden aus dem Kredit geschöpft, den das Parlament im Herbst 2013 für die Schweizer Beteiligung an Erasmus+ gesprochen hatte. Im Weiteren stimmten die Ständerätinnen und Ständeräte mit 28 zu 13 Stimmen bei 1 Enthaltung einer Motion ihrer Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-S) zu (**17.3630**). Mit dem Kommissionsvorstoss soll der Bundesrat beauftragt werden, so rasch wie möglich Verhandlungen über eine Vollasoziiierung der Schweiz am Nachfolgeprogramm von Erasmus+ ab 2021 aufzunehmen. In der Wintersession 2017 wird sich der Nationalrat mit dem Thema Erasmus befassen.

### **Schweizer Lösung mit Einschränkungen**

Die Übergangslösung wurde notwendig, weil die Europäische Union im Jahr 2014 die laufenden Verhandlungen über eine Schweizer Assoziierung an Erasmus+ infolge der Annahme durch Volk und Stände der Volksinitiative gegen Masseneinwanderung sistierte. In der Schweizer Lösung hat die Förderung der Mobilität von Studierenden, Lernenden und Jugendlichen Priorität. Die indirekte Beteiligung am Bildungsprogramm bringt jedoch Einschränkungen für Hochschulen und Studierende mit sich. Bewährte Partnerschaften mit europäischen Universitäten mussten aufgegeben werden. Zudem haben die Hochschulen mit einem erhöhten administrativen Aufwand zu kämpfen, da sie alle Verträge mit Partneruniversitäten einzeln aushandeln müssen. Ausserdem können sich Schweizer Institutionen nur noch begrenzt an der europäischen Bildungszusammenarbeit beteiligen.

- **Protokoll des Ständerats vom 21. September 2017 (Botschaft)**
- **Protokoll des Ständerats vom 21. September 2017 (Motion)**

---

## Finanzpolitische Vorstösse im Ständerat

Als Zweitrat beschäftigte sich der Ständerat mit zwei Vorstössen der nationalrätlichen Finanzkommission (FK-N). Beide Kommissionsmotionen thematisieren künftige Sparmassnahmen des Bundes. Die Motion «Änderung von Artikel 18 Absatz 2 Finanzhaushaltgesetz» (17.3015) lehnte der Ständerat geschlossen ab. Mit dem Vorstoss hatte die FK-N gefordert, dass eine Prioritätenordnung für künftige Sparmassnahmen des Bundes eingeführt wird. Demnach sollten Kürzungen vor allem in Ausgabenbereichen erfolgen, die in den letzten fünf Legislaturperioden das stärkste Ausgabenwachstum verzeichneten. Gemäss Motion sollte zudem künftig der gänzliche Verzicht auf Ausgaben dem Prinzip von Querschnittskürzungen vorgezogen werden. Die kleine Kammer begründete ihre Ablehnung dieser Motion insbesondere damit, dass diese Gesetzesänderung die Handlungsfreiheit und die Budgethoheit von Bundesrat und Parlament einschränken würde.

### **Gebundene Ausgaben reduzieren**

Mit 27 zu 15 Stimmen erteilte der Ständerat hingegen seine Zustimmung zur Motion «Gebundene Ausgaben reduzieren» (17.3259). Diese beauftragt den Bundesrat, dem Parlament mehrere Vorlagen mit Vorschlägen zur Reduzierung der gebundenen Ausgaben um fünf bis zehn Prozent zu unterbreiten. Der Anteil gesetzlich festgeschriebener Bundesaussgaben nahm in der Vergangenheit stark zu und soll auch in kommenden Jahren weiter ansteigen. Das hat zur Folge, dass Sparmassnahmen zunehmend in ungebundenen Ausgabebereichen erfolgen müssen, zum Beispiel im Bereich Bildung und Forschung. Bereits in der Sommersession 2017 hatte sich der Nationalrat für die Motion seiner FK ausgesprochen. Mit dem Entscheid der kleinen Kammer wurde der Vorstoss nun an den Bundesrat überwiesen.

- **Protokoll des Ständerats vom 19. September 2017 (Motion 17.3015)**
  - **Protokoll des Ständerats vom 19. September 2017 (Motion 17.3259)**
-

# Nationalrat lehnt Rasa-Initiative und Gegenvorschläge ab

Der Nationalrat befasste sich in der zweiten Woche der Herbstsession mit der Volksinitiative «Raus aus der Sackgasse» (Rasa-Initiative) und verschiedenen Minderheitsanträgen für einen indirekten Gegenvorschlag (17.030). Mit 125 zu 17 Stimmen bei 50 Enthaltungen lehnt die grosse Kammer das Volksbegehren deutlich ab. Ebenso sprach sich der Nationalrat gegen drei Minderheitsanträge aus, welche der Initiative einen direkten Gegenentwurf gegenüberstellen wollten. Vertretende des linken Parteienspektrums hatten beantragt, Kontingente und Höchstzahlen für die Steuerung der Zuwanderung aus der Verfassung zu streichen und im Gegenzug inländische Arbeitskräfte stärker zu fördern. Eine Minderheit aus den Mitteparteien wollte in die Verfassung schreiben, dass die Zuwanderung im Rahmen der völkerrechtlichen Verpflichtungen und im gesamtwirtschaftlichen Interesse der Schweiz zu steuern sei. Eine dritte Minderheit von Seiten der SVP-Vertretenden hatte beantragt, die Kündigung des Abkommens über die Personenfreizügigkeit mit der EU in der Verfassung zu verankern.

Ziel der Rasa-Initiative ist es, den Verfassungsartikel 121a über die Zuwanderung wieder aus der Verfassung zu streichen. Die Initianten lancierten das Volksbegehren als Reaktion auf die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative anlässlich der Volksabstimmung vom 9. Februar 2014. Die deutliche Ablehnung des Begehrens zeigt, dass die Mehrheit der Parlamentarierinnen und Parlamentarier hinter der im Dezember 2016 beschlossenen Umsetzung des Zuwanderungsartikels steht, welche mit den bilateralen Verträgen zwischen der Schweiz und der EU kompatibel ist. Als nächstes wird der Ständerat die Rasa-Initiative beraten.

 **Protokoll des Nationalrats vom 19. September 2017**

## Ausserdem haben die Parlamentarierinnen und Parlamentarier ...

➤ ... im Ständerat mit 41 zu 4 Stimmen einer Motion (17.3508) zugestimmt, welche die Schaffung eines Kompetenzzentrums für Cyber-Security verlangt. Der Vorstoss beantragt, dass eine auf Stufe Bund angesiedelte Organisationseinheit die in der Schweiz vorhandenen Kompetenzen stärken soll. Dabei sei auf die Zusammenarbeit mit Institutionen der Wissenschaft, IT-Anbietern sowie mit grösseren Infrastrukturbetreibern zu setzen. Die Motion geht nun an den Nationalrat.

---

➤ ... im Ständerat mit 23 zu 15 Stimmen einem Postulat (17.3506) zugestimmt, das den Bundesrat beauftragt, die Schaffung einer Taskforce zur Entwicklung des Berufsbildungssystems im Ausland zu prüfen. Eine solche Taskforce soll die Aktivitäten von Bund, Kantonen und anderen Schweizer Akteuren der Berufsbildung in anderen Ländern koordinieren.

### VOM BUNDES RAT BEANTWORTETE VORSTÖSSE

#### Stärkung des Start-up-Standorts. Wahlrecht für Unternehmer bei der ALV

➤ Motion (17.3326) von Nationalrätin Regine Sauter (FDP).  
Eingereicht am 4. Mai 2017.  
Der Bundesrat hat am 28. Juni 2017 die Ablehnung der Motion beantragt.

---

#### Nationalfondsgelder für Hanfkauf

➤ Anfrage (17.1029) von Nationalrat Mauro Tuena (SVP).  
Eingereicht am 4. Mai 2017.  
Der Bundesrat hat am 23. August 2017 darauf geantwortet.

---

## Cannabisversuche mit Nationalfondsgeldern (Steuergeldern)

- Interpellation (17.3289) von Nationalrätin Andrea Martina Geissbühler (SVP).  
Eingereicht am 3. Mai 2017.  
Der Bundesrat hat am 23. August 2017 darauf geantwortet.
- 

## Erasmus plus. Den Schweizer Weg bei der Förderung der internationalen Mobilität in der Bildung ab 2018 klären

- Interpellation (17.3351) von Nationalrat Mathias Reynard (SP).  
Eingereicht am 4. Mai 2017.  
Der Bundesrat hat am 28. Juni 2017 darauf geantwortet.
- 

## Erwerb einer zweiten Landessprache. Kredit für die Förderung des Austauschs zwischen den Sprachgemeinschaften

- Motion (17.3306) von Nationalrätin Géraldine Marchand-Balet (CVP).  
Eingereicht am 4. Mai 2017.  
Der Bundesrat hat am 5. Juli 2017 die Ablehnung der Motion beantragt.
- 

## Sprachenunterricht. Den nationalen Zusammenhalt bewahren und die Verfassung respektieren

- Interpellation (17.3302) der Sozialdemokratischen Fraktion.  
Eingereicht am 4. Mai 2017.  
Der Bundesrat hat am 6. September 2017 darauf geantwortet.
- 

## Der Energiestrategie 2050 widersprechende wissenschaftliche Studien. Wie kommt es, dass sie erst nach der Abstimmung publiziert wurden?

- Interpellation (17.3404) von Nationalrat Lorenzo Quadri (LEGA).  
Eingereicht am 8. Juni 2017.  
Der Bundesrat hat am 30. August 2017 darauf geantwortet.
- 

## Euratom. Ein Milliardengrab?

- Interpellation (17.3410) von Nationalrätin Martina Munz (SP).  
Eingereicht am 8. Juni 2017.  
Der Bundesrat hat am 30. August 2017 darauf geantwortet.
-

## Schnellstmögliche Assoziierung der Schweiz an Erasmus plus

- Motion (17.3416) von Nationalrat Mathias Reynard (SP).  
Eingereicht am 8. Juni 2017.  
Der Bundesrat hat am 23. August 2017 die Ablehnung der Motion beantragt.
- 

## Stand des Verhältnisses Schweiz-EU. Blockierte Anpassung bestehender Abkommen

- Interpellation (17.3440) von Nationalrat Thomas Aeschi (SVP).  
Eingereicht am 13. Juni 2017.  
Der Bundesrat hat am 30. August 2017 darauf geantwortet.
- 

## BLW und Bafu und die Eawag. Nichtrepräsentative Studie zur Verteidigung der eigenen Vorschläge?

- Interpellation (17.3445) von Nationalrat Hansjörg Walter (SVP).  
Eingereicht am 14. Juni 2017.  
Der Bundesrat hat am 30. August 2017 darauf geantwortet.
- 

## Begleitung von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden während ihrer Ausbildung auf der Sekundarstufe II

- Interpellation (17.3447) von Nationalrat Jacques-André Maire (SP).  
Eingereicht am 14. Juni 2017.  
Der Bundesrat hat am 23. August 2017 darauf geantwortet.
- 

## Berücksichtigung des Aufwandes der Digitalisierung in der BFI-Botschaft

- Interpellation (17.3488) von Nationalrat Christoph Eymann (LDP).  
Eingereicht am 15. Juni 2017.  
Der Bundesrat hat am 23. August 2017 darauf geantwortet.
- 

## Öffentlich-private Partnerschaft für zukünftige Infrastrukturinvestitionen

- Postulat (17.3527) der CVP-Fraktion.  
Eingereicht am 15. Juni 2017.  
Der Bundesrat hat am 23. August 2017 die Annahme des Postulates beantragt.
-

## Stärkung der Informatikausbildung in der Schweiz

- Interpellation (17.3533) von Nationalrat Franz Grüter (SVP).  
Eingereicht am 15. Juni 2017.  
Der Bundesrat hat am 23. August 2017 darauf geantwortet.
- 

## Handlungsbedarf bei Tierversuchen. Förderung des 3R-Prinzips durch den Schweizerischen Nationalfonds

- Interpellation (17.3545) von Nationalrätin Martina Munz (SP).  
Eingereicht am 15. Juni 2017.  
Der Bundesrat hat am 23. August 2017 darauf geantwortet.
- 

## Schluss mit der Blackbox bei den Kosten der universitären Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten!

- Interpellation (17.3509) von Ständerätin Anita Fetz (SP).  
Eingereicht am 15. Juni 2017.  
Der Bundesrat hat am 30. August 2017 darauf geantwortet.
- 

## Ein attraktiver Forschungsplatz dank Start-up-Visa für Gründer

- Motion (17.3578) von Nationalrat Martin Bäumle (GLP).  
Eingereicht am 16. Juni 2017.  
Der Bundesrat hat am 23. August 2017 die Ablehnung der Motion beantragt.
- 

## Vollassoziierung an Erasmus plus ab 2021

- Motion (17.3630) der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats (WBK-S).  
Eingereicht am 28. August 2017.  
Der Bundesrat hat am 15. September 2017 die Ablehnung der Motion beantragt.



## NEU EINGEREICHTE VORSTÖSSE

### NFP 64 Nanotechnologie. Grosse Wissenslücken in wichtigen Teilaspekten festgestellt

- Interpellation (17.3674) von Nationalrätin Martina Munz (SP).  
Eingereicht am 18. September 2017.
- 

### Ungenügende Kapazitäten für praxisnahe Forschung und Entwicklung im Bereich Tierwohl der Nutztiere

- Interpellation (17.3675) von Nationalrätin Martina Munz (SP).  
Eingereicht am 18. September 2017.
- 

### Verwendung des Bundesanteils des Bilanzgewinns der Nationalbank für die zusätzliche Finanzierung des BFI-Bereichs

- Motion (17.3787) von Nationalrat Christoph Eymann (LDP).  
Eingereicht am 27. September 2017.
- 

### Anerkennung ausländischer Diplome unter Berücksichtigung des Fachkräftemangels

- Interpellation (17.3804) von Nationalrätin Sibel Arslan (BASTA).  
Eingereicht am 28. September 2017.
- 

### Die Anerkennung der erworbenen Erfahrung in allen Berufen fördern

- Motion (17.3813) von Nationalrätin Géraldine Marchand-Balet (CVP).  
Eingereicht am 28. September 2017.
- 

### Schaffung einer Plattform für Weiterbildungsangebote

- Motion (17.3814) von Nationalrätin Géraldine Marchand-Balet (CVP).  
Eingereicht am 28. September 2017.
-

## Ein neuer Finanzierungsmodus für die ETH, um ein finanzpolitisches «Stop and Go» zu vermeiden

- Interpellation (17.3873) von Nationalrat Fathi Derder (FDP).  
Eingereicht am 29. September 2017.
- 

## Die wissenschaftliche Forschung innerhalb der Armee stärken und die Zusammenarbeit mit den Forschungsinstitutionen ausbauen

- Postulat (17.3875) von Nationalrat Fathi Derder (FDP).  
Eingereicht am 29. September 2017.
- 

## Eidgenössische Maturität: Einführung einer Benotung für digitale Wissenschaften

- Motion (17.3907) von Nationalrat Laurent Wehrli (FDP).  
Eingereicht am 29. September 2017.
- 

## Übergang zwischen obligatorischer Schule, Lehre und weiterführenden Schulen

- Interpellation (17.3929) von Nationalrätin Nadine Masshardt (SP).  
Eingereicht am 29. September 2017.
- 

## Zahnmedizin: unsere Diplome verteidigen!

- Postulat (17.3953) von Nationalrat Manuel Tornare (SP).  
Eingereicht am 29. September 2017.
- 

## Weiterbildung im Kontext des digitalen Wandels. Säule 3w für Weiterbildungen

- Postulat (17.3959) von Nationalrätin Kathrin Bertschy (GLP).  
Eingereicht am 29. September 2017.

## **KONTAKT**

Netzwerk FUTURE

Münstergasse 64/66, 3011 Bern

Tel. 031 351 88 46, Fax 031 351 88 47

[info@netzwerk-future.ch](mailto:info@netzwerk-future.ch)

[www.netzwerk-future.ch](http://www.netzwerk-future.ch)

---

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik.  
Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI)  
und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.

---

**3. Oktober 2017**

---

---